

*Die Obmännerkonferenz der Wiener Gemeinderäte
gegen die Erhöhung der Mehlpreise*

können. (Marktdirektor Kommerzialrat Bauer bejaht diese Frage.) Außerdem halte er es für notwendig, daß die Obmännerkonferenz sich schon heute mit der Frage der Abänderung der Brotkarte befasse, damit noch rechtzeitig, bevor die Regierung eine neue Norm erlasse, die Gemeindeverwaltung Stellung nehmen könne. Er müsse sich auch entschieden gegen eine Herabsetzung der Brot- oder Mehlration aussprechen.

Gemeinderat Reumann führt aus, daß die Verordnung in allen Kreisen überrascht habe und zu dem lautesten Mißmut Anlaß gebe. Es sei ganz und gar ungebührlich, daß die Bevölkerung, welche unter der Kriegsnot schwer leide, neuerlich durch eine so empfindliche Erhöhung der Mehlpreise belastet werde. Er betont insbesondere, daß es doch nicht angehe, in einer solchen Frage nicht vorher den Bürgermeister und die Gemeindeverwaltung von Wien zu verständigen. Es sei tief zu bedauern, daß diese Verordnung eine Ueberraschung auch für die Gemeindeverwaltung war, die dadurch gar nicht in die Lage kam, rechtzeitig dagegen sich zu wehren. Es handle sich nicht bloß um die Mehlpreiserhöhung, die ja doch nicht einseitig aufgefaßt werden könne in einer Zeit, da alle notwendigen Lebensmittel und Konsumartikel im Preise bereits so hoch sind, daß sie für die Bevölkerung nahezu unerschwinglich seien. Auch er stehe auf dem Standpunkte, daß der Regierung nachdrücklich Vorstellungen gegen diese Verordnung unterbreitet werden und daß die sofortige Aufhebung begehrt werde. Es sei ihm auch unfaßbar, daß diese Maßnahme im Briefe des Ministers als eine soziale hingestellt werde, während er sie als das gerade Gegenteil bezeichnen müsse. Es handle sich nicht bloß darum, daß Brotmehl zu entsprechenden Preisen abgegeben werde, sondern auch um das Kochmehl, welches gerade in den kleineren Haushaltungen in der Kriegszeit die größte Rolle spiele.

Gemeinderat Skaret kritisiert die Gebarung der Kriegsgetreideverkehrsanstalt und wendet sich insbesondere gegen deren Forderung, daß für die schon im Vorjahre bezogenen Mehlvorräte nunmehr die Differenz zwischen dem alten und dem neuen Preise nachgezahlt werden soll. Er verlangt, daß die Gemeinde jede Nachzahlung verweigere.

Das Resümee des Bürgermeisters.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner resümiert den Verlauf der Debatte und konstatiert, daß die Obmännerkonferenz in der erlassenen Verordnung eine schwere Schädigung insbesondere der großstädtischen Bevölkerung erblickt und sich einmütig für die sofortige Aufhebung dieser Verordnung ausspricht.

Der Bürgermeister unterbrach hierauf die Obmännerkonferenz und vertagte sie für Freitag, 10 Uhr vormittags.

Die Obmänner beim Minister des Innern.

Hierauf begab sich der Bürgermeister mit den Obmännern Steiner, Dr. Hein und Reumann zum Minister des Innern. Prinz Hohenlohe empfing sofort die Abordnung der Stadt Wien und Bürgermeister Doktor Weiskirchner nahm den Anlaß wahr, um dem Minister den Verlauf der Obmännerkonferenz eingehend zu berichten und von ihm zu verlangen, daß die Statthalterverordnung vom 31. Dezember 1915 ohne Verzug außer Kraft gesetzt werde. Die Mitglieder der Abordnung schilderten dann eingehend die Verhältnisse, welche die Obmännerkonferenz zu ihrer Entschliebung gebracht haben, und stimmten den Ausführungen des Bürgermeisters vollenhaltlich zu.

Minister Prinz Hohenlohe erklärte, daß er die schwere Belastung, welche die Bevölkerung durch diese Verordnung treffe, nicht verkenne, er mache aber aufmerksam, daß ja noch schwierigere Zeiten kommen und der Bevölkerung auch noch weitere Lasten als Folge des Krieges auferlegt werden. Er wies die Deputation an den Ministerpräsidenten, da unter dessen Vorsitz die Beratungen stattgefunden haben und die Verordnung in erster Linie als eine finanzielle Maßnahme aufzufassen sei. Es wäre doch kaum möglich, daß die Ausgaben, welche der Kriegsgetreideverkehrsanstalt durch die Mehlförderung erwachsen, durch Schulden gedeckt werden, denn schließlich und endlich müsse für alle Schulden auch die entsprechende Deckung gesucht werden.

Audienz der Obmännerkonferenz beim Ministerpräsidenten.

Mit Rücksicht auf das Ergebnis der Audienz hat Bürgermeister Dr. Weiskirchner sich für morgen beim Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh mit den Obmännern der Gemeinderatsparteien zur Audienz angemeldet.